

*Innenminister Karl Peter Bruch ist nicht nur mit seiner HIRP-HIRP-HURRA-Initiative gescheitert – die Mainzer SPD-Landesregierung hat sich trotz ihrer absoluten Landtagsmehrheit mit ihrer perspektivlosen, US-hörigen Politik in eine Sackgasse manövriert!*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 196/07 – 19.09.07**

## **Kleinlauter Minister versucht mit Ausflüchten verfehlte Politik zu rechtfertigen, muss aber angesichts wütender Proteste seine geplante US-Housing Initiative in der Westpfalz erst einmal verschieben**

Auch der zweite Versuch des Innenministers, in Landstuhl seine privat zu finanzierenden Bruch-Komforthäuser für US-Militärs durchzusetzen, ist gründlich in die Hose gegangen. Nachdem er im Januar 2006 in der Zehntenscheune sein Sequoia-Village bei den Mammutbäumen im Breitenwald begraben musste (s. LP 010/06), gab er am 17. September 2007 in der überfüllten Stadthalle bekannt, auf absehbare Zeit werde seine HIRP keine neuen Häuser für US-Mieter in der Westpfalz bauen lassen.

Im Januar 2006 war noch von 2.000 dringend benötigten neuen US-Mietobjekten in der Region Kaiserslautern die Rede. Obwohl zwischenzeitlich nach korrigierten Forderungen der US-Militärs die Anzahl schon auf 1.750 Häuser reduziert wurde, soll jetzt erst einmal keine einzige Bruch-Villa gebaut werden. Nach Angaben des US-Wohnungsamtes stehen derzeit nämlich schon 1.160 den Ansprüchen der US Mieter genügende Objekte leer, die nicht mehr gebraucht werden.



US-Immobilien mit Palmen und Pool: Ist das der künftig angestrebte "hohe US-Standard"?

Der Innenminister hat immer wieder betont, dass nur noch Häuser an US-Amerikaner zu vermieten sind, die "den hohen US-Standards" genügen. Trotz mehrerer Nachfragen hat er sich – außer dem Hinweis, dass mindestens zwei Bäder und mehrere Schlafzimmer in freistehenden Einfamilienhäusern erwartet werden – keine weiteren Angaben dazu entlocken lassen. Wenn sich jetzt Besitzer leerstehender Häuser in neue Schulden stürzen, um ihre verschmähten Objekte mit Säulenportalen, einem "Pool" oder weiteren Bade- und Schlafzimmern noch attraktiver zu machen, können sie trotzdem nicht sicher sein, dass dann einer der immer weniger werdenden US-Mieter anbeißt. Herr Bruch wird ihnen auch nicht 15 Jahre lang aus Steuergeldern die ausbleibenden Mieten ersetzen. Das hat er nur den Investoren zugesichert, die er für sein HIRP-Programm gewinnen wollte. Herr Bruch

möchte seinen Kollegen, den Finanzminister, nur prüfen lassen, ob den gutgläubigen Altvermietern nicht ein kleines Trostpflaster in Form eines Zinszuschusses gewährt werden kann. Ihre für viel Geld aufgemotzten Häuser werden sie bei ausbleibenden US-Mietern auch nicht zu einem angemessenen Preis verkaufen können. Wegen des zunehmenden Fluglärms und der sonstigen Belastungen und Gefährdungen verliert der gesamte Haus- und Grundbesitz in der US-Militärregion Kaiserslautern immer mehr an Wert.

Bei einer im November oder Dezember dieses Jahres geplanten weiteren Washington-Reise – das wäre nach unserer Zählung dann der 7. aus Steuermitteln bezahlte USA-Ausflug des Ministers – will Bruch definitiv klären, ob und wie viele Häuser ab wann für US-Mieter wirklich gebraucht werden. Dabei musste er im Laufe des "Informationsabends" immer wieder passen, wenn er nach konkreten Zahlen oder künftigen Entwicklungen gefragt wurde. Die tatsächlichen Leerstände in den Verbandsgemeinden Landstuhl, Ramstein-Miesenbach und Weilerbach wurden von den Kommunen selbst erhoben, und Angaben zum Ausmaß der geplanten Truppenreduzierungen bei den US-Stationierungstreitkräften und zu weiteren negativen Auswirkungen auf den Bedarf an US-Mietobjekten kamen nur von sachkundigen Personen aus dem Publikum.

In unserer LP 010/06 haben wir bereits festgestellt: "Innenminister Bruch hat in Landstuhl unmissverständlich klar gemacht, was von einer Regierung unter SPD-Führung auch in Zukunft zu erwarten wäre: Die US-Streitkräfte sollen Rheinland-Pfalz – „ihren besten Standort auf der Welt“ – auch weiterhin uneingeschränkt nutzen können. Die SPD wird alles tun, um den US-Militärs den erhofften unbegrenzten Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Die Westpfälzer haben den täglichen Fluglärmterror, die gefährliche Schadstoffbelastung, das hohe Erkrankungsrisiko und die ständige Gefahr für Leib und Leben durch nukleare und andere Waffenlager oder den Lufttransport hochexplosiver Fracht auch weiterhin zu ertragen. Die laufenden Verstöße der US-Streitkräfte gegen das Völkerrecht, unsere Verfassung und unsere Gesetze lassen die SPD kalt."

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident und SPD-Bundesvorsitzende Kurt Beck und sein treuer Gehilfe Karl Peter Bruch haben nichts dazu gelernt. Sie können oder wollen sich unser Bundesland – trotz neuerdings drohender Terroranschläge – nicht ohne US-Militär vorstellen. Sie sind offensichtlich unfähig, zukunftsweisende, dem friedlichen Zusammenleben der Menschen dienende Wirtschaftskonzepte für die Eifel und die Westpfalz zu entwickeln. Immer wieder kratzen sie in Washington geduldig an irgendwelchen Hintertüren und schnappen wie unterwürfige Haushunde gierig nach allen Brocken, die ihre vergötterten US-Militärs ihnen nach Lust und Laune vor die Füße werfen. Die laufenden und drohenden US-Angriffskriege im Mittleren Osten, der wachsende Widerstand in der US-Bevölkerung, die sich zuspitzende Wirtschaftskrise in den USA und die im nächsten Jahr anstehende Präsidentenwahl bergen so viele Unwägbarkeiten und Gefahren, dass niemand verlässliche Zusagen aus Washington erwarten kann. Deutsche Politiker wären gut beraten, wenn sie sich endlich von der verbrecherischen Kriegspolitik der Bush-Administration abkoppeln würden.

Wenn aus der Westpfalz nicht mehr alle US-Schlachtfelder mit Truppen, Waffen und Munition versorgt werden, die simulierten Luftangriffe über unseren Köpfen aufhören und die angebliche Abhängigkeit von den US-Streitkräften vorbei ist, wird sehr bald kein Haus mehr leer stehen. Der sanfte Tourismus, der sich ohne Fluglärmterror schnell entwickelt, und die sich dann vermehrt um die Universität Kaiserslautern ansiedelnden Hightech-Betriebe werden der Westpfalz einen wirtschaftlichen Aufschwung bescheren, den sich die Herren Beck und Bruch und leider auch viele Bewohner der Region heute noch nicht vorstellen können oder wollen.